

Antrag

der Abgeordneten Thilo Hoppe, Bärbel Höhn, Undine Kurth (Quedlinburg), Ute Koczy, Dr. Anton Hofreiter, Cornelia Behm, Marieluise Beck (Bremen), Volker Beck (Köln), Alexander Bonde, Dr. Uschi Eid, Kerstin Müller (Köln), Winfried Nachtwei, Omid Nouripour, Claudia Roth (Augsburg), Rainer Steenblock, Jürgen Trittin und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Tropenwaldschutz braucht solide Finanzierung – Entwaldung vermeiden, Klima- und Biodiversität schützen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die weltweite Waldzerstörung trägt mit ca. 20 Prozent zum jährlichen Ausstoß von Treibhausgasen bei. Eine Reduktion dieser Emissionen aus Entwaldung und Walddegradierung (REDD – Reducing Emissions from Deforestation and Degradation) ist daher klimapolitisch und zum Schutz der Biodiversität dringend notwendig.

Auf der Klimakonferenz in Bali im Dezember 2007 wurde vereinbart, bis Ende 2009 einen Rahmen für einen effizienten Waldschutz innerhalb eines Kyoto-Plus-Regimes zu erarbeiten. Ziel ist die Schaffung einer Regelung, die Entwicklungsländer, die ihren Wald durch nachhaltige Nutzung schützen, finanziell beim Aufbau regionaler Wertschöpfungsketten zu unterstützen und für die entgangenen Einnahmen aus dem Raubbau am Wald zu entschädigen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. sich international dafür einzusetzen, dass durch einen effizienten Tropenwaldschutz in Entwicklungsländern noch vor 2012 erhebliche Beiträge zum Schutz von Klima und Biodiversität geleistet werden;
2. sich international dafür einzusetzen, dass zügig Finanzierungsmechanismen für die Kompensation von vermiedener Entwaldung für den Zeitraum nach 2012 entwickelt werden, die in der Lage sind, jährlich Finanzmittel in zweistelliger Milliardenhöhe für den Tropenwaldschutz zu mobilisieren;
3. national ein Sofort-Finanzierungsprogramm zu schaffen, das dem Beispiel Norwegens folgt und Mittel für den Tropenwaldschutz in Höhe von mindestens 500 Mio. Euro jährlich ab dem kommenden Jahr bereitstellt. Dazu soll auch ein Teil der Mittel aus der Versteigerung von Emissionszertifikaten und aus anderen innovativen Finanzierungsinstrumenten bereitgestellt werden;
4. andere Geberländer, insbesondere aus den Reihen der G8-Staaten, für ein solches Sofort-Finanzierungsprogramm zum Tropenwaldschutz zu gewinnen, um den Entwicklungsländern für die Verhandlungen der 9. Vertragsstaatenkonferenz der internationalen Konvention über die biologische Vielfalt (COP 9) deutliche Unterstützung bei der Umsetzung verbindlicher Beschlüsse zu signalisieren;

5. sich dafür einzusetzen, dass die Europäische Union (EU) auch überschüssige Mittel aus dem Haushalt der Gemeinsamen Agrarpolitik nutzt, um einen größeren Beitrag zum Tropenwaldschutz zu leisten;
6. bei der Zusammenarbeit mit anderen Gebern die Erfahrungen aus den bisherigen bilateralen Pilotvorhaben zum Schutz des Klimas und der biologischen Vielfalt (wie z. B. dem Pilotprogramm zur Bewahrung der tropischen Regenwälder Brasiliens – PPG7 – oder dem Kamerun-Waldschutzprogramm) zu systematisieren und in die Klimaverhandlungen 2009 einzubringen;
7. bei den Pilotprogrammen zur Gestaltung eines verlässlichen rechtlichen und logistischen Rahmens für „vermiedene Entwaldung“, die noch vor dem Beginn der zweiten Verpflichtungsperiode des Kyotoprotokolls 2012 anlaufen, nicht nur auf die Weltbankinitiative „Forest Carbon Partnership Facility“ (FCPF) zu setzen. Auch andere Vorschläge für Finanzierungsfonds, die von Tropenwaldländern wie z. B. Brasilien gemacht wurden, sollen geprüft werden;
8. neben multilateralen Instrumenten beim Tropenwaldschutz auch die bilaterale finanzielle und technische Zusammenarbeit einzusetzen;
9. die Erarbeitung eines internationalen politischen Rahmens für einen effizienten Tropenwaldschutz auf transparente und partizipative Art unter Mitsprache der Entwicklungsländerregierungen und der lokalen Akteure (insbesondere Indigene und Kleinbauern, die von den Früchten des Waldes leben) und nationaler wie auch internationaler Nichtregierungsorganisationen zu gestalten und sich für ein Moratorium für neue Entwaldung durch industrielle Nutzungen einzusetzen, um Zeit für diese Planungsprozesse zu gewinnen;
10. sicherzustellen, dass der Schutz der Wälder und der biologischen Vielfalt mit der Verbesserung der Lebensbedingungen der lokalen Bevölkerung (Kleinbauern und Indigene) einhergeht und die Mittel für den Tropenwaldschutz insbesondere denjenigen zugute kommt, die wertvolle Dienstleistungen für den Erhalt und die nachhaltige Bewirtschaftung des Tropenwaldes leisten;
11. den Tropenwaldschutz auch unter der Klimarahmenkonvention zu berücksichtigen und dabei sicherzustellen, dass die Verpflichtungsstaaten Emissionseinsparungen aus der finanziellen Unterstützung der „vermiedenen Entwaldung“ nur zusätzlich und keinesfalls alternativ zur Erreichung ihrer bestehenden Emissionsziele nutzen können; dies würde gegebenenfalls eine erhebliche Erhöhung der Reduktionsziele der EU bis 2020 auf deutlich über 30 Prozent erforderlich machen;
12. sich dafür einzusetzen, dass die EU aktiv auf Entwicklungsländer als strategische Partner des Klimaschutzes zugeht und über die Unterstützung eines Mechanismus der „vermiedenen Entwaldung“ zu einer Reduktion der Emissionen in Tropenwaldländern beiträgt;
13. für die Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern im Bereich der Vermeidung und Anpassung an den Klimawandel auf neue zusätzliche – über das 0,7-Prozent-Ziel hinausgehende – Finanzmittel zu setzen, wie dies auch vom Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) im Human Development Report 2007/2008 vorgeschlagen wird;
14. in der internationalen Zusammenarbeit ein integriertes Konzept von Klimaschutz und Natur- und Artenschutz zu verfolgen;
15. Tropenwaldländer beim Aufbau nationaler Kohlenstoffmärkte mit nationalen Zielsetzungen zu unterstützen, die auch „vermiedene Entwaldung“ einbeziehen, um so starke Anreize zu schaffen, sich am künftigen Klima-

- regime zu beteiligen und dieses für den nationalen Schutz der biologischen Vielfalt zu nutzen;
16. sich in der Weltbank bei der Weiterentwicklung der Weltbankinitiative FCPF engagiert für Synergien zwischen Reduktion von Emissionen aus Entwaldung (REDD) und der Einrichtung von langfristig ausgerichteten Schutzgebieten in den letzten intakten Urwaldgebiete einzusetzen;
 17. sich den Bestrebungen der Weltbank zu widersetzen, einen Finanzierungsmechanismus für vermiedene Entwaldung (REDD) mit dem Konzept der industriellen Holznutzung zu verbinden;
 18. bei den Verhandlungen der COP 9 sicherzustellen, dass die Arbeitsprogramme zu Schutzgebieten für Wälder und der biologischen Vielfalt in Wäldern mit einem möglichen Finanzierungsmechanismus für vermiedene Entwaldung (REDD) konzeptionell verzahnt werden;
 19. die verbesserte Regierungsführung und -durchsetzung (good governance) sowie die verbindliche Regelung der Produktion sowie der Konsumtion von Holzprodukten und Biomasse hierbei als Maßnahmen zum Schutz der biologischen Vielfalt sowie des Klimaschutzes bei der COP 9 engagiert voranzubringen;
 20. Schutzgebiete und deren Vernetzung als zentrales Instrument zum Tropenwalderhalt sowie zur Sicherung der Rechte indigener Völker und lokaler Gemeinschaften auf der COP 9 auszubauen;
 21. sich im Rahmen der COP-9-Verhandlungen dafür einzusetzen, dass verbindlich verankert wird, dass ein Anteil der Auktionierungserlösen aus Emissionszertifikaten in den Verpflichtungsstaaten für den Urwaldschutz zur Verfügung gestellt wird.

Berlin, den 7. Mai 2008

Renate Künast, Fritz Kuhn und Fraktion

Begründung

Durch die weltweite jährliche Waldzerstörung von 13 bis 15 Mio. Hektar werden Treibhausgase im Umfang der gesamten jährlichen US-Emissionen freigesetzt. Bei der Klimakonferenz in Bali wurde im Dezember 2007 vereinbart, positive Anreizstrukturen für den Waldschutz zu entwickeln. Über Pilotprogramme in Tropenwaldländern soll bis zur Vertragsstaatenkonferenz Ende 2009 ein Rahmen für einen effizienten Waldschutz im Rahmen eines Kyoto-Plus-Regimes erarbeitet werden. Kernpunkt ist die Einführung eines Kompensationsregimes für „vermiedene Entwaldung“. Entwicklungsländer, die ihren Wald schützen, sollen einen finanziellen Ausgleich dafür erhalten. Dabei handelt es sich um eine der am schnellsten wirksamen und kostengünstigsten Formen des Klimaschutzes. Effizienter Waldschutz kann nur gelingen, wenn wesentlichen staatlichen und privaten Akteuren klar wird, dass es ökonomisch vernünftiger und lukrativer ist, den Wald zu erhalten, statt ihn abzuholzen.

Die Bundesregierung hat zur Waldfazilität der Weltbank FCPF mit einer einmaligen Zusage von 40 Mio. Euro beigetragen. Einzelne Geberländer wie Norwegen haben eigene umfangreiche Tropenwaldschutzprogramme von jährlich 545 Mio. US-Dollar angekündigt.

Im Mai 2008 finden in Bonn die UN-Biodiversitätsschutzkonferenz (9. Vertragsstaatenkonferenz des Übereinkommens über die biologische Vielfalt – (COP 9 der CBD) und die 4. Vertragsparteienkonferenz des Cartagena-Protokolls über biologische Sicherheit (MOP 4) statt. Es bietet sich die hervorragende Chance, beim Tropenwaldschutz neue Akzente zu setzen.

Das in Tropenwäldern gespeicherte CO₂ entspricht den Weltemissionen von ca. 50 Jahren. Die größten noch intakten tropischen Wälder gibt es in Amazonien, im Kongo-Becken und im indo-malayischen Raum (Indonesien, Malaysia, Papua-Neuguinea). Regenwälder sind jedoch sehr viel mehr als simple CO₂-Speicher. Sie sind große Klimaanlage, die Sonnenenergie in Wasserdampf verwandeln und damit auch die Niederschläge in den mittleren Breiten nördlich und südlich des Äquators beeinflussen. Und sie sind zuerst und vor allem Lebensräume für Mensch und Tier.

Niemand bezweifelt den Reichtum von Artenvielfalt und die enormen Ökosystemleistungen, die Wälder erbringen. Eine monetäre Bewertung der Leistungen des Waldes ist heute jedoch nur im Rahmen des Klimaschutzes möglich. Deshalb wird die Debatte über die Kompensation von „vermiedener Entwaldung“ eine enorme politische Hebelwirkung auch in Richtung des Schutzes der biologischen Vielfalt haben.

Wer im Wald nur die Bäume und deren Materialwert sieht, unterschätzt die vielfältige Bedeutung des Waldes gerade auch für die Klimastabilisierung. Ein solches Denken führt schnell zu falschen Anreizstrukturen zugunsten von Viehzucht, Sojaanbau und Palmölplantagen. Die Umweltdienstleistungen der Wälder werden bisher nicht entlohnt.

Der größte Teil der Waldzerstörung geht auf die landwirtschaftliche Nutzung zurück. Dabei handeln nicht nur profitgierige Einzelpersonen, sondern es ist ein System am Werk, das die Regierungen der Tropenwaldländer durch Außenhandelspolitik, Kreditpolitik, Subventionen, Agrarforschung und Ausbau der Infrastruktur mit gestalten.

Gerade die handelspolitischen Entscheidungen betreffen uns in Europa aber auch selbst. Das Ende der Tiermehlverfütterung nach der BSE-Krise hat zu einem Anstieg der Soja- und Fleischimporte aus Brasilien in die EU geführt. Aber auch wachsende Einkommen in China verändern die Ernährungsgewohnheiten, mit dem Ergebnis, dass mehr Rind-, Schweine- und Hühnerfleisch gegessen wird. Auch dies bewirkt eine Ausweitung der Futtermittelproduktion und der Viehzucht in die Tropenwälder hinein.

Wir stehen vor der Herausforderung, große Summen für den Waldschutz bewegen zu müssen. Nicholas Stern, britischer Ökonom, spricht von jährlich 15 Mrd. Dollar. Das heißt, die in Bali beschlossenen Pilotmaßnahmen können lediglich dazu beitragen, einen Rahmen für ein zukünftiges internationales Finanzierungsmodell und für die Gestaltung der Transfers auszuarbeiten.

Dabei ist besonders wichtig: Entwaldung findet nicht im sozialen Vakuum statt. Neue Finanzierungsinstrumente müssen indigene Völker und Kleinbauern für ihre unschätzbaren Dienste belohnen. Sie leisten Großes für den Klimaschutz und das Überleben von Pflanzen und Tieren.

Um die Erderwärmung unter 2 Grad zu halten, sind hohe Reduktionen der Treibhausgasemissionen aller Industrieländer erforderlich. Sie allein reichen aber nicht aus. In Bali haben auch die großen Emittenten unter den Entwicklungsländern zugesagt, Maßnahmen für die Reduktion ihrer Emissionen zu treffen. Sie erwarten jedoch dafür „messbare, berichtsfähige und nachweisfähige“ Unterstützung aus den Industrieländern (Bali Action Plan).

Es geht jedoch auch darum, in den großen Entwicklungsländern schrittweise nationale Kohlenstoffmärkte aufzubauen, die später an den internationalen Kohlenstoffhandel angeschlossen werden können.

In den Tropenwaldländern sind nationale Kohlenstoffmärkte nur dann von einer ökonomisch interessanten Größe, wenn auch die Emissionen aus dem Wald einbezogen werden. Blendet das zukünftige Klimaregime diese Dimension aus, dann werden für Länder wie Brasilien, die anderen Amazonasstaaten und Indonesien keine starken Anreize geschaffen, sich am künftigen Klimaregime zu beteiligen und dieses für den nationalen Schutz der biologischen Vielfalt zu nutzen. Anders als bei den Verhandlungen zum jetzigen Klimaabkommen können in den laufenden Verhandlungen unter dem Dach der Klimarahmenkonvention die Reduktion von Emissionen aus der Verbrennung fossiler Energieträger und aus der Entwaldung für die Zeit nach 2012 von Anfang an gemeinsam gedacht und diskutiert werden.

In der darüber bereits stattfindenden Diskussion herrscht weitestgehend Konsens darüber, dass der Waldschutz in die Regelungen der Klimarahmenkonvention integriert werden muss. Uneinigkeit besteht hingegen bei der Frage, wie dies geschehen soll. Möglich wäre sowohl eine Fondslösung, wie von Brasilien vorgeschlagen, als auch die Einbeziehung in den Emissionshandel. Für letzteres spricht sich die Rainforest Coalition aus. Zu dieser haben sich 15 Entwicklungsländer zusammengeschlossen, in denen es Tropenwälder gibt. Auch eine Kombination aus beiden Ansätzen wäre denkbar.

Eine Festlegung auf ein bestimmtes Modell erscheint zum jetzigen Zeitpunkt verfrüht, Gleiches gilt allerdings auch für den kategorischen Ausschluss bestimmter Optionen. Die Zieldimension ist jedoch klar: Es müssen ausreichende Finanzmittel für einen effektiven Tropenwaldschutz bereitgestellt und das notwendige globale Emissionsreduktionsvolumen sichergestellt werden, das uns auf einen 2-Grad-Pfad bringt. Dies kann absehbar nur sichergestellt werden, wenn Emissionsreduktionen aus Waldschutz zusätzlich zu den bisher vom IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change) genannten Emissionsreduktionen in Industrieländern in Höhe von 25 bis 40 Prozent gegenüber 1990 erbracht werden. Der Waldschutz kann nur ein zusätzlicher Beitrag der Entwicklungsländer zum Klimaschutz sein und darf nicht dazu führen, dass sich die Industrieländer klimapolitisch freikaufen und es unterlassen, die notwendigen industriepolitischen Weichen für den heimischen Klimaschutz zu stellen.

Voraussetzung für eine Einbeziehung des Tropenwaldes in den Emissionshandel wäre daher, dass die Reduktionsziele der Industrieländer deutlich erhöht würden. Ohne diese wird eine Einbeziehung des Tropenwaldschutzes in den Emissionshandel mit hoher Wahrscheinlichkeit zu einer Verfehlung des 2-Grad-Ziels führen.

Eine Marktlösung würde sowohl für die Tropenwaldländer, die in Vorleistung treten müssen, als auch für Investoren klare und verlässliche Spielregeln vorgeben müssen. Der größte Vorteil einer Marktlösung wäre, dass sie große Summen für den Tropenwaldschutz bewegen würden ohne in Konflikt mit der Entwicklungsfinanzierung zu geraten.

Neben dem Emissionshandel ist auch eine Fondslösung für die Finanzierung des Tropenwaldschutzes denkbar und kurzfristig notwendig. OECD-Länder sollen für einen solchen Fonds zusätzliche Haushaltsmittel bereitstellen. Darüber hinaus gilt es, auch private Beiträge einzuwerben. Den Vorschlag, einen Waldfonds über einen Teil der Versteigerungserlöse der Emissionszertifikate im europäischen Handelssystem zu speisen, gilt es politisch zu unterstützen. Die EU-Kommission hat vorgeschlagen, nach 2012 einen Teil der erwarteten jährlich 50 Mrd. Euro Einnahmen aus der Auktionierung der Emissionsrechte für den internationalen Waldschutz einzusetzen.

Schließlich wäre auch ein „duales“ Emissionshandelssystem denkbar, bei dem die Tropenwaldzertifikate nur eingeschränkt, bis zu einem bestimmten Prozentsatz, für die Reduzierung von energiebedingten Emissionen in Industrieländern herangezogen werden können. Dadurch würde einer Überflutung des Emissionshandels mit Waldzertifikaten vorgebeugt.

Klimaschutz ist ohne Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern undenkbar. Bisher wird er aus den Kassen der Entwicklungszusammenarbeit finanziert. Wir können jedoch nicht neben der Armutsbekämpfung noch die Vermeidung des Klimawandels und der Anpassung an den Klimawandel aus den Mitteln finanzieren, die im Rahmen des 0,7-Prozent-Ziels versprochen wurden. Bei der Kooperation im Bereich Klimaschutz handelt es sich entweder um ein internationales Tauschgeschäft – etwa den Erhalt von biologischer Vielfalt gegen finanzielle Unterstützung – oder um die Kofinanzierung eines globalen Gemeinschaftsgutes wie Klimastabilität. Deswegen ist es nicht angemessen, den Klimaschutz – von dem auch die reichen Länder profitieren – aus den laufenden Etats für Entwicklungszusammenarbeit zu finanzieren. Es muss neues Geld in erheblichem Umfang dazu kommen – oder wir brauchen einen effizienten Marktmechanismus. Auch eine Kombination von beidem ist denkbar.

Grundsätzlich muss die Erarbeitung eines politischen Rahmens für einen effizienten Waldschutz auf transparente und partizipative Art geschehen. Partizipativ heißt, dass zum einen die Akteure vor Ort gehört werden und ein Mitspracherecht erhalten. Partizipativ heißt, dass die Regierungen der Tropenwaldländer eine entscheidende Rolle spielen. Schließlich heißt partizipativ auch, dass bilaterale Institutionen, die über lange Jahre wertvolle Erfahrungen im Waldschutz gesammelt haben, wie z. B. die KfW Bankengruppe AG und die Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit GmbH, an der konzeptionellen Entwicklung und an der operativen Umsetzung der Programme der „Vermeidung von Entwaldung“ beteiligt werden.

Dort, wo Regierungen von Entwicklungsländern Institutionen im Rahmen der bilateralen Kooperation den Vorrang vor der Weltbank geben wollen, soll dies ermöglicht werden. Wichtig ist jedoch, dass man sich auf einen gemeinsamen Rahmen verständigt.

Gerade die deutsche Entwicklungszusammenarbeit hat im internationalen Waldschutz seit der Rio-Konferenz von 1992 viel erreicht. Sie hat das Pilotprogramm zum Schutze des Amazonaswaldes der G7 (PPG7) voran gebracht. Diese wertvollen Erfahrungen müssen für den Waldschutz als Klimaschutz fruchtbar gemacht werden.

